

Antrag

AntragsstellerIn: Jusos Nordost

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Augen auf, sonst kommt der nächste Pakt (für Wettbewerbsfähigkeit)!

Positionspapier zur Eurofrage

Die Zeichen verdichten sich, dass die nächste Welle einer neoliberalen Durchdringung der Eurozone im Anmarsch ist.

Auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum skizzierte die deutsche Bundeskanzlerin kürzlich ihre weiteren Pläne für den Euroumbau und drängte auf die baldige Umsetzung des „Pakts für Wettbewerbsfähigkeit“. Bereits auf dem EU-Gipfeltreffen im Dezember 2012 einigten sich Europas Staats- und RegierungschefInnen darauf, entsprechende Maßnahmen auf dem Juni-Gipfel 2013 in Augenschein zu nehmen. Und schließlich legte Ratspräsident van Rompuy schon Mitte 2012 ein Papier vor, das Mitgliedstaaten zu bilateralen Verträgen mit der Europäischen Kommission über Strukturreformen verpflichten soll.

Dieser Dreischritt gibt Anlass zur Sorge.

Innenarchitektur des Fiskalpaktes

Ein Pakt verheißt selten Gutes; meistens steckt der Teufel drin. Was progressive BeobachterInnen des €-Krisenmanagements befürchteten, steht nun bevor: Der Fiskalpakt bekommt seine innere Ausgestaltung. Wer sparen will, muss entsprechende policy-Maßnahmen ergreifen. Die neoliberale Verschärfung der makroökonomischen Governance-Architektur der Eurozone wird wohl bald auf eine neue Stufe gehoben.

In ihrer Zauberbergrede konzentrierte sich die Kanzlerin auf folgende Bereiche: Forschung, Infrastruktur, Verwaltung und Lohnkosten. Insbesondere Letzteres birgt Sprengstoff. Gefordert wird ein Benchmarking, das sich „Die besten als Vorbild“ nimmt. Im hegemonialen Verständnis heißt das:

Übertragung des deutschen neomerkantilistischen Exportmodells auf die gesamte Eurozone; Lohnstückkosten senken, Lohndumping für alle. Weder Harmonisierung noch symmetrische Anpassung der Lohnstückkostenentwicklung werden in Erwägung gezogen, geschweige denn das Eingeständnis der Mitverantwortung Deutschlands an der ökonomischen Misere.

Anders als in einem früheren Stadium des Krisenmanagements werden nun die Ungleichgewichte auf globaler Ebene statt nur innerhalb der Eurozone in den Blick genommen; es geht um die Rolle der EU in der Welt. Der Pakt zielt letztlich auf eine Europäisierung der Troika-Memorandenpolitik, die den Mitgliedstaaten Strukturanpassungsprogramme auf's Auge drücken wird. Und die dürften kaum allzu progressiv ausfallen.

Was kommt?

Die neoliberale Verschärfung wird soziale Verwerfungen weiter forcieren, die Ungleichheit wachsen lassen, die Wurzeln der Krise jedoch verfehlen. Ganz nach deutschem Vorbild wird der Pakt die Nachfrageseite vernachlässigen und den Binnenmarkt schwächen.

Wohin also mit all den Waren? Gewaltige Exportüberschüsse müsste die Eurozone dann produzieren. Es droht ein gesamteuropäischer Neomerkantilismus mit der Gefahr einer weltweiten Destabilisierung der Nachfrageseite. Bald schon könnte das einseitige Exportmodell selbst zum wirkmächtigsten deutschen Exportprodukt werden.

Überdies wird das bestehende Demokratiedefizit weiter verschärft, da es abermals die deutsche Knute ist, die da zu Werke geht. Andere Staaten sind gezwungen zu folgen, supranationale europäische Institutionen werden marginalisiert. Eine neue Phase der Germanisierung Europas steht uns bevor.

Was besser käme

Es ist der zweite Großpakt innerhalb weniger Monate, der neoliberale Signatur trägt und durch die Eurozone gepeitscht werden soll. Notwendig ist jetzt ein intensives Monitoring der politischen Linken, das den den Pakt Schmiedenden genauestens auf die Finger schaut, um frühzeitig intervenieren und so das Schlimmste abwenden zu können.

Alternativ zum herrschenden Krisenmanagement schlagen wir – unter Verweis auf und in Ergänzung zum Antrag K1_1/12 zur Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin vom 24./25. März 2012 –

folgende konkrete Schritte vor:

- Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds; Finanzierung über Eurobonds
- Erhebung einer einmaligen, europaweit koordinierten Vermögensabgabe
- permanente Umverteilungsmechanismen von oben nach unten (z.B. Steuererhöhungen für Wohlhabende)
- Gewährung nicht-konditionalisierter Transferzahlungen an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten; niedrige Zinssätze, lange Laufzeiten
- Bereitstellung von Investitionsmitteln für Staaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind (Marshall-Plan)
- Ausweitung des EU-Haushaltes; Verwendung für Soziales, Forschung, Entwicklung und regionale Entwicklung ausbauen
- Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Inblicknahme privater Verschuldung anstatt ausschließlicher Fixierung auf öffentliche Verschuldung; symmetrische Anpassung der Handelsbilanzungleichgewichte; die Hauptlast muss jedoch auf Seiten der Überschussländer liegen (expansive Fiskalpolitik, steigende Löhne in Deutschland, produktivitätsorientierte Lohnpolitik)
- Darüber hinaus sind weitere Strukturmaßnahmen notwendig, um den Euroraum langfristig zu stabilisieren; etwa der Ausbau einer politischen Union, der Aufbau einer europäischen Sozialunion, eine Reform der Europäischen Zentralbank (Abkehr von der Fixierung auf Inflationsvermeidung; bei Ausrichtung ihrer Zinspolitik muss die EZB auch andere Zielgrößen – etwa Beschäftigung – einbeziehen) und der Aufbau einer unabhängigen und supranationalen öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur zur Prüfung staatlicher Bonität
- Dekonstruktion des Mythos vom Musterknaben Deutschland; der neomerkantilistische Sonderweg ist eine Sackgasse, die nicht zur Nachahmung empfohlen werden sollte.

Die Krise ist alt geworden; die hegemonialen Ideen und Maßnahmen zu ihrer Überwindung greifen ins Leere. Es ist Zeit für eine Gegenhegemonie, um die (post-)neoliberale Restrukturierung der Produktionsverhältnisse umzulenken.